

32.

Geschehen Detmold am Landtage den 20sten Juli 1849.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordneten; aus Fürstlicher Regierung Herr Geheime Regierungsrath Piderit; Herr Regierungsrath Heldman und Herr Regierungsrath Meyer.

Das Protocoll der vorigen Sitzung hat eingetretener Hindernisse wegen nicht ausgearbeitet werden können und wird daher morgen verlesen werden.

Da weiter Nichts vorlag, wurde sofort zur Tagesordnung übergegangen, und trug zunächst der Abgeordnete Althof namens der Commission

1) den Bericht über Aufhebung des §. 2 der Gütergemeinschaftsordnung
Anlage 12.

und

2) den Bericht über Aufhebung der Familiensfideicommiss
Anlage 13.

vor, der Abgeordnete Meyer aber sein und des Abgeordneten Kulemann Minoritätsvotum zu letzterem Berichte --

Anlage 14.

Dieselben sollen mit dem Protocolle gedruckt werden.

Hierauf wurde zur ferneren Berathung des Gesetzentwurfs über Gemeinheitstheilungen und Ablösung von Hufeservituten geschritten.

Den §. 21 der Commission hielt der Abgeordnete Tenge nicht für angemessen; das Recht, nicht der Zufall müsse entscheiden; nach dem Commissionsantrage werde der Pottereiberechtigte am Ende Nichts erhalten, wenn er gerade abgeholzt habe; auch sei die Pottereiberechtigung rücksichtlich der Holzarten sehr verschieden -- es könne daher kein Normalsatz angenommen werden. Er beantrage, den §. so zu fassen:

„Die Theilung der Hufe Flächen, welche zugleich zur Holzzucht durch Bepflanzung benutzt werden, erfolgt sowol auf Antrag der Mehrzahl der Hufberechtigten, als der Pflanzungsberechtigten, und zwar bei Unterstellung

lung des durch Sachkundige zu ermittelnden Nutzens resp. Interesses dieser Betheiligten."

Abgeordneter Hausmann erklärte sich aus gleichen Gründen für den Regierungsentwurf und beantragte die Annahme des S. 25 desselben.

Abgeordneter Hagemann wollte, daß das alte Huderrecht entscheide, nicht das neuere durch ungesetzhche Ausdehnung der Pottereien geschmälerte.

Abgeordneter Schütz vertheidigte den Commissionsentwurf; das Recht des Pottereiberechtigten sei danach ebenso aufgefaßt, wie es der Abgeordnete Tenge wolle — die Commission sei dafür, daß statt der Worte „auf welchen ihre Potterei steht“ der größeren Verständlichkeit wegen gesetzt werde: „auf welchen ihnen die Potterei zusteht."

Eine Schätzung hätten aber die Sachverständigen für unzumuthig, ja in gerechter Weise unmöglich gehalten, wegen der stets wechselnden Beschaffenheit des Bestandes, darnach erscheine bald die Potterei, bald die Hudeberechtigung als die vorzüglichere; die Commission habe daher nach der früheren Observanz gleiche Theilung angenommen.

Abgeordneter Petri I. empfahl den Regierungsentwurf, weil man danach in jedem einzelnen Falle den Berechtigten gerecht werden könne; die Fassung der Commission gehe selbst nur aus einem Sachverständigenurtheil hervor.

Abgeordneter Klocke stimmte dem Abgeordneten Schütz bei, die Erfahrung habe zu häufig gelehrt, wie schwankend die Urtheile der Sachverständigen bei der unterstellten Frage seien.

Abgeordneter Stückmann war für den Commissionsantrag; der Regel nach finde nur Eichenpotterei statt.

Nach angenommenem Schluß der Debatte, nachdem Herr Geh. Regierungsrath Piderit erklärt, daß er sich dem Commissionsentwurfe conformirt und auch die Regierung Nichts dabei zu erinnern habe, damit Kosten vermieden würden — und nachdem aus gleichem Grunde der Abgeordnete Hausmann seinen Antrag zurückgezogen hatte, bemerkte der Berichterstatter, Abgeordneter Petri II., nur noch, daß der Antrag des Abgeordneten Tenge, sofern danach schon die Mehrheit der Potterei resp. Hude-Berechtigten solle provociren können, von S. 19 abweiche.

Es wurde sodann der S. nach dem Entwurfe der Commission mit der vom Abgeordneten Schütz angegebenen Redactionsänderung angenommen, womit der Tenge'sche Antrag wegfiel.

Zu S. 22 bemerkte Herr Geheimer Regierungsrath Piderit, die Bestimmung sei an sich zweckmäßig, aber kaum von practischem Werth, da es kaum noch geschlossene Pottereibestände, noch weniger aber haubare, gebe.

Als

Als solche wurden jedoch vom Abgeordneten Hildebrand das Wennerbruch bei Elbrinnen zu 150 Morgen, vom Abgeordneten Tappe ein großer Theil der Pivitzheider Gemeinheit angeführt.

Der Herr Regierungscommissarius meinte, diese seien Forstgrund, rücksichtlich dessen die Commission, nicht aber die Regierung, andere Principien angenommen habe.

Abgeordneter Schütz führte die Detenhauser Gemeinheit an, und beantragte, den S. ohne Debatte anzunehmen.

Abgeordneter Meyer vertheidigte das Minderheitsserachten, dieses gehe davon aus, die Holzbestände möglichst zu erhalten, weil auch ein haubarer Bestand noch Zuwachs habe.

Abgeordneter Tappe beantragte, die Worte: „mit möglichster Schonung der haubaren Bestände“ zu streichen, da darin ein Hinderniß der Theilung nach der Rücksicht, wo der beste Hude- und wo der beste Holzgrund sei, öfters liegen werde.

Abgeordneter Petri I. bemerkte, haubare Bestände müßten forstwirtschaftlich auch gefällt werden, in dem Minderheitsserachten liege also eine nicht gerechtfertigte Expropriation.

Der Commissionsantrag wurde hierauf mit Vorbehalt der Abstimmung über die weiteren Anträge angenommen; sodann wurden der Antrag des Abgeordneten Tappe und das Minderheitsserachten, letzteres mit 12 gegen 11 Stimmen, abgelehnt.

Zu S. 23 bemerkte Herr Geheime Regierungsrath Piderit, hier müsse wenigstens eine Bestimmung getroffen werden, daß rücksichtlich der Generaltheilung ein Ausscheiden Einzelner gestattet sei, wie der Regierungsentwurf das allgemeine gethan habe.

Abgeordneter Bornemeyer nahm diese Bemerkung als Antrag auf und stellte den weiteren Antrag, hinter „vorhergehen“ ein (,) zu setzen und dann wie im Regierungsentwurfe fortzufahren: „wobei gleichfalls diejenigen Huden in Auegung kommen, welche den Berechtigten anderweit zustehen,“ sonst trete dieser S. mit dem S. 20 in Widerspruch, der nach dem Regierungsentwurfe angenommen sei.

Abgeordneter Tappe stellte den Zusatzantrag: „hat Fürstliche Cammer von der von einer herrschaftlichen Meierei und einer berechtigten Gemeinde gemeinschaftlich benutzten Hudefläche gegen den Bezug von Rentgefällen an eine andere Gemeinde Flächen zum Anbau abgetreten und diese zur Hude berechtigt, so hat dieselbe beide berechtigten Gemeinden zu entschädigen.“

Der Antheil der Einlieger (S. 19) muß auch bei der Generaltheilung mit in Anschlag gebracht werden.“

- hat

Es

Es sei dieß allein gerecht und werde der Fall z. B. bei der Theilung zwischen Fürstlicher Cammer und den Dorfschaften Augustdorf und Pivits- beide vorkommen.

Abgeordneter Leizmann war für den zweiten Bornemeyer'schen Antrag, es werde aber dasselbe erreicht werden, wenn die Worte „auf fremdem Grund und Boden oder einer andern Gemeinheit“ im letzten Satz gestrichen würde — welche Modification der Abgeordnete Bornemeyer annahm.

Abgeordneter Klocke beantragte für den Fall, daß dieser Antrag durchgehe, hinter „anderweit“ zu setzen „mit Ausnahme der künstlichen Huden.“

Herr Geheime Regierungsrath Piderit bemerkte rücksichtlich des Tappeschen Antrags, es könne nicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, in einem allgemeinen Gesetze einzelne Rechtsfälle zu entscheiden, das sei Sache des Richters.

Es wurden hierauf der S. nach dem Commissionsantrage und die Anträge des Abgeordneten Bornemeyer angenommen, die übrigen Anträge aber abgelehnt.

Die §§. 24 und 25 wurden ohne Erinnerung angenommen.

Zu S. 26 sprachen sich Herr Geheime Regierungsrath Piderit und der Abgeordnete Schütz übereinstimmend gegen das Minderheitsvotum aus, darnach würden die dort genannten Berechtigten einen unverhältnißmäßig großen Theil erhalten oder ganze Theilungen illusorisch machen.

Abgeordneter Tenge beantragte den S. so zu fassen:

„das Recht zum Plaggen“ und Heidehieb wird nach Maßgabe des Umfangs der Gerechtigkeit, des öconomischen Bedarfs und des Gegenstandes dieser Dienstbarkeit durch Sachverständige ermittelt, sowie bei Unterstellung des Werths vom Grunde und Boden durch solchen ausgeglichen.

Dorfstiche, welche eine dauernde Nutzung gewähren, werden dem Berechtigten unter Berechnung des Bodenwerths überwiesen.

Steinbrüche, sowie Lehm- und Sandstiche, die sich als ein Bedürfnis der Gemeinheits-Interessenten herausstellen, werden für solche auch in dem Falle dem Einzelnen reservirt, daß sich hierdurch für denselben ein particularer und in geeigneter Weise nicht zu ersetzender Nutzungswerth ergibt.

Bei Ablösung sonstiger Dienstbarkeiten sollen die hier unterstellten Grundstücke leitend sein.“

Abgeordneter Hagemann erklärte, man dürfe Niemanden ein Recht entziehen, das ihm an der Gemeinheit zustehe.

Abgeordneter Schütz führte an, der Tenge'sche Antrag sei schon dadurch beseitigt, daß die Commission eine „entsprechende“ Entschädigung festgestellt habe.

Nach-

Nach Schluß der Debatte führte Abgeordneter Meyer für das Minderheitsurachten noch an: das Bedürfniß sei der Entstehungsgrund der in Frage kommenden einzelnen Rechte; wegen derselben könnten kostbare Anlagen, Ziegeleien, Löpfereien u. gemacht sein, es müßten also diese Rechte nicht möglichst, sondern vollständig geschützt werden.

Abgeordneter Petri II. als Berichterstatter meinte dagegen, man müsse sich vor Extremen hüten; seien so kostbare Anlagen vorhanden, so würden sie den Werth der Gemeinheit übersteigen; in jedem Falle genüge aber eine entsprechende Entschädigung und ein weiterer Widerspruch müsse entfernt werden.

Der S. wurde hierauf vorbehaltlich der Abstimmung über den Minoritätsantrag nach der Fassung der Commission angenommen, das Minoritätsurachten aber abgelehnt; damit war der Tengesche Antrag weggefallen.

S. 27 wurde ohne Erinnerung angenommen.

Zu S. 28 sprach Abgeordneter Stuckmann für das Minderheitsurachten, die Koppelhuden, namentlich beim Einzelhüten, seien fast ohne Nutzen für den Berechtigten und zu großem Nachtheil der Grundstücke, sie müßten aufgehoben werden.

Die Abgeordneten Leizmann und Schütz waren für die Fassung der Commission, da diese zum Vortheil der kleineren Besitzer sei, welche die Grundstücke der größeren mit behüteten.

Es wurde hierauf das Minoritätsurachten, die SS. 27 und 28 zu streichen, abgelehnt, womit S. 28 nach der Fassung der Commission angenommen war.

Zu S. 29 beantragte Abgeordneter Meyer, eine allgemeine Debatte über die SS. 29 bis 32 incl. wegen des dem letzteren nachgesetzten Minoritätsurachtens auf Streichung zu eröffnen. Es wurde dieß aber auf die Bemerkung des Abgeordneten Petri I.: es sei zweckmäßiger die einzelnen SS. zu berathen, schon beim ersten könnten die Gründe der Minorität entwickelt werden — abgelehnt und der S. auf Antrag des Abgeordneten v. Stietencron unter Vorbehalt der Abstimmung über den auf einen späteren S. sich beziehenden Satz angenommen.

Zu S. 30. bemerkte Herr Geheimer Regierungsrath Piderit, dieser weiche vom Regierungsentwurfe ab, insofern nur der Verpflichtete provociren könne; es sei das ungerecht, weil so die Hude ganz zersplittert und nutzlos gemacht werden könne, ohne daß der Berechtigte Entschädigung erhalte.

Abgeordneter Tenga führte dieß gleichfalls aus und beantragte, dem ersten Absatze hinzuzufügen: „oder der Gesamtheit der Berechtigten jeder Feld-

Feldmark.“ Derselbe beantragte ferner, im letzten Satze des 2ten Absatzes die Bestimmung aufzunehmen:

„es erfolgt die Ablösung nach Ablauf des Nutzungsjahrs, in welchem der betreffende Ablösungsrecess vollzogen ist.“

Der Berichterstatter, Abgeordneter Petri II., bemerkte noch berichtend, das Minoritätserachten sei nur vom Abgeordneten Oberbracht allein gestellt.

Abgeordneter Stückmann empfahl die Annahme seines und des Abgeordneten Meyer dem S. 32 nachgesetzten Minoritätserachtens, den S. zu streichen u. — Es bestehe kein Recht zu den Bördehuden, dieselben seien nicht ins Cataster eingetragen und hätten für den Berechtigten nicht einmal Nutzen; sie fänden meistens in mageren Gegenden statt, und der Verpflichtete könne sie durch zeitiges Umbrechen seiner Grundstücke gänzlich unergiebig machen; auch wenn die Ernte sich bis an den Winter hinziehe und dieser von Dauer sei, hätten sie gar keinen Nutzen, bloß die Schäfer seien dafür wegen des ihnen daraus erwachsenden Vortheils.

Abgeordneter v. Stietencron bemerkte, es könnten dann die Verpflichteten die Taxation ruhig erwarten — und nahm die Bemerkung des Herrn Regierungscommissars als Antrag auf.

Abgeordneter Oberbracht empfahl das von ihm gestellte Minderheitsersachten, er wünsche, daß die mannigfachen Excesse, die wieder, wie im vorigen Jahr, entstehen würden, vermieden werden könnten; die Berechtigten seien große Güter, welche die Nutzung wol entbehren könnten; es habe dieß im vorigen Jahre die Erfahrung gelehrt, wo sie auch wenig oder gar nicht ausgeübt seien.

In gleicher Weise sprach sich Abgeordneter Klocke aus.

Abgeordneter Hagemann führte an, es gebe kein Recht zu den Bördehuden, diese hätten sich bloß eingeschlichen.

Abgeordneter Schütz war für Fassung der Commission.

Nach Schluß der Debatte bemerkte Abgeordneter Meyer noch, er behalte sich die Begründung des dem S. 32 nachgesetzten Minoritätserachtens für die zweite Lesung bevor und werde dann eine allgemeine Debatte über S. 29 bis 32 wieder beantragen.

Der Berichterstatter, Petri II., vertheidigte den Commissionseutwurf. Excesse würden nicht vorkommen, wenn erst die Ablösung ausgesprochen sei; die Bestimmung wegen der 6 Monate beruhe auf dem Urtheil Sachverständiger und sei gerecht; die Cataster enthielten nur die Angaben der Verpflichteten und seien z. B. gegen die Cammer nicht beweisend, da diese sich ausdrücklich dagegen verwahrt habe; die Bördehuden fänden nicht bloß in mageren

geren Gegenden statt, wie bekannt sei, auch sei ein Vortheil dabei nicht in Abrede zu stellen, da sie in jedem Pacht-Anschlage abgeschätzt seien.

Zu den nach §. 32 gesetzten Minderheitsgerichten war von 5 Mitgliedern namentliche Abstimmung beantragt.

Für das Minderheitsgericht der Abgeordneten Meyer und Stückmann — §. 30 zu streichen u. — stimmten demnach mit Ja die Abgeordneten:

Meyer, Kulemann, Bunte, Stückmann, Klocke, Hagemann, Echterling, Leizmann, Tappe, Bornemeyer —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

v. Stietencron, Petri II., Schütz, Tenge, Petri I., Althof, v. Cölln, Böhmer, Oberbracht, Hildebrand, Schierenberg, Hausmann, König —

dasselbe war also mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der §. mit Vorbehalt der Abstimmung über sämtliche weitere Anträge wurde sodann nach der Fassung der Commission per majora angenommen, und — nachdem in gleicher Weise die Anträge der Abgeordneten v. Stietencron, Tenge und Oberbracht verworfen waren — die heutige Berathung geschlossen, die nächste Sitzung auf Morgen 9 Uhr anberaumt und auf die Tagesordnung gesetzt:

- 1) Wahl der Commission für die Justizreform;
 - 2) Fortsetzung der heutigen Berathung.
- Schluß der heutigen Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

Hildebrand.

Ulrich.

B e r i c h t

über den von Fürstlicher Regierung dem Landtage vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des §. 2 der Verordnung „wegen der Gütergemeinschaft unter Eheleuten“ von 1786; erstattet von dem zur Begutachtung des Entwurfs erwählten, aus den Abgeordneten v. Stietencron, Tenge, Meyer, Kulemann und Althof bestehenden Ausschusse.

Vorsitzender und Berichterstatter Althof.

Der §. 2 der Verordnung wegen der Güter-Gemeinschaft unter Eheleuten vom 13. April 1786 schließt die Ritterschaft und den Adel von der im Lande geltenden Regel der unter den Eheleuten bestehenden Gütergemeinschaft aus.

Es ist diese Ausnahme nicht mehr zeitgemäß und der Ausschuss hat sich, von den Motiven, die dem Entwurfe beigelegt sind, geleitet, einstimmig dahin ausgesprochen, daß dem Landtage die unveränderte Annahme des Gesetzes zu empfehlen sei.

Detmold den 20. Juli 1849.

Althof.
J. Fhr. v. Stietencron.
Meyer.
Kulemann.
Tenge.

B e r i c h t

über den, von Fürstlicher Regierung dem Landtage vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Familien-Fideicommissse und Familien-Stiftungen; erstattet von dem zur Begutachtung des Entwurfs erwählten, aus den Abgeordneten v. Stietencron, Tenge, Meyer, Kulemann und Althof bestehenden Ausschusse.

Vorsitzender und Berichterstatter Althof.

Es handelt sich hier von der, durch ein Gesetz anzuordnenden Ausführung des ersten Satzes des §. 38 der „Grundrechte“ und dabei von der Feststellung des Unterschiedes zwischen Familien-Fideicommissen und Familien-Stiftungen und von der „Art und den Bedingungen“ der Aufhebung der ersteren.

Mit Ausnahme der §§. 4 und 6 des Entwurfs Fürstlicher Regierung, hat sich die Commission mit den Bestimmungen der übrigen §§., dem Wesen nach, einverstanden erklärt und nur hinsichtlich der §§. 1 und 5 eine etwas veränderte, unten näher angegebene Fassung wünschenswerth gefunden.

Bezüglich

a) des §. 4 trennte sich die Ansicht der Commission, indem die Majorität (v. Stietencron, Tenge, Althof), mit dem Entwurfe, für eine nochmalige fideicommissarische Fortvererbung, die Minorität (Meyer und Kulemann) aber dafür sich aussprach, daß die Familien-Fideicommissse sofort, in der Hand des gegenwärtigen Besitzers, aufzuheben seien.

Die Gründe für die eine und für die andere dieser Meinungen beruhen weniger auf streng-juristischer, als vielmehr auf individuell-persönlicher Anschauungsweise und auf Motiven der Billigkeit, die auch schon früher anderwärts in der Gesetzgebung zur Geltung gebracht worden sind. Die Majorität berücksichtigte dabei unter andern auch den Umstand, daß der gegenwärtige Besitzer eines Familien-Fideicommisses zugleich mit der Uebnahme desselben die Verbindlichkeit zu einer gleichmäßigen, nämlich fideicommissarischen Weitervererbung überkommen habe, und diese Verbindlichkeit dürfe ein späteres Gesetz nicht wohl aufheben. Die Minderheit dagegen ging von der Ansicht aus, daß im Interesse des gesamten Publikums die Fideicommissse sobald als möglich, mithin sogleich und pure müßten aufgehoben werden.

Mit dem im §. 4 angegebenen Berechtigungs-Grunde für den nächsten, letzten, Fideicommiss-Erben war übrigens die Majorität nicht einverstanden und hat ihre Ansicht in der proponirten, unten ersichtlichen theilweisen Aenderung dieses §. ausgesprochen.

An-

Anlangend

b) den S. 6, so hat sich die Commission, mit Ausnahme eines Mitgliedes (Kulemann), gegen eine Einmischung des Staats bezüglich der Errichtung von Familien-Stiftungen, und vielmehr für den hier festzuhaltenden Grundsatz einer freien Willensbestimmung jedes Staatsbürgers aussprechen zu müssen geglaubt und diesem gemäß für den S. 6 einen andern S. in Vorschlag gebracht.

Nach dem Dafürhalten der Mehrheit der Commission würde das zu erlassende Gesetz so zu fassen sein:

Gesetz über Familien-Fideicommissse und Familien-Stiftungen.

S. 1. Familien-Fideicommissse, d. h. Anordnungen, wonach gewisse Grundstücke oder Capitalien für die Zukunft bei einer Familie bleiben sollen, sind nichtig.

S. 2. Die bisher bestandenen Fideicommissse werden hierdurch aufgehoben und mit den in §§. 3 und 4 enthaltenen Beschränkungen der freien Verfügung des jetzigen Inhabers unterworfen, ohne daß die übrigen Familienglieder dafür eine Entschädigung in Anspruch nehmen können.

S. 3. Die Rechte sonstiger dritter Personen, namentlich der Zeit- oder Erbpächter, der antichretischen und hypothekarischen Gläubiger, sowie die auf dem Fideicommissgute bereits haftenden Alimenten-Ansprüche, Abfindungen, Leibgedinge und Witthümer bleiben vorbehalten.

S. 4. Es findet noch ein Mal eine Beerbung nach der in der Fideicommiss-Urkunde oder sonst hergebrachten Erbfolgeordnung zu Gunsten des beim eintretenden Erbfall nächstberufenen Erben statt.

Im Fall einer solchen Beerbung behalten die übrigen Erben die ihnen rechtlich zustehenden Ansprüche gegen den Fideicommiss-Erben.

S. 5. Familien-Stiftungen, d. h. Anordnungen, wodurch Jemand gewisse Hebungen von bestimmten Grundstücken, Gerechtsamen oder Capitalien für eine Familie oder bestimmte Mitglieder derselben auf die Zukunft aussetzt, bleiben auch ferner gestattet.

S. 6. Zur Errichtung von Familien-Stiftungen ist jeder Einwohner des Staats berechtigt, in so weit er über sein Vermögen frei verfügen kann. Derartige Dispositionen sollen bei der Staats-Regierung eingereicht werden.

Abänderungen einer Familien-Stiftung sind von der Zustimmung sämmtlicher theilhaftigen Familienglieder abhängig.

Aufhebung einer Familien-Stiftung kann nur erfolgen, wenn solche in der Stiftungs-Urkunde nicht untersagt ist und alle theilhaftigen Familienglieder dafür stimmen, auch der oberste Gerichtshof des Staats die Aufhebung genehmigt.

Demold den 20. Juli 1849.

Althof. J. v. Stietencron. Tenge.

Minderheits-Gutachten

Seitens

der Abgeordneten Kulemann und Meyer

als Mitglieder des Ausschusses zur Prüfung des Entwurfs
eines Gesetzes über Familien-Fideicommissse und Fa-
milien-Stiftungen.

Ad §. 1. 2. des Regierungs-Entwurfes.

Es wird folgende Fassung vorgeschlagen.

§. 1.

Anordnungen, nach welchen gewisse Grundstücke oder Capitalien für die
Zukunft bei einer Familie verbleiben sollen, sind nichtig.

§. 2.

Die in Folge solcher Anordnungen bisher entstandenen Familien-Fidei-
commissse werden hierdurch aufgehoben und mit den im §. 3 enthaltenen Be-
schränkungen der freien Verfügung des jetzigen Inhabers unterworfen, ohne
daß die übrigen Familienglieder dafür eine Entschädigung in Anspruch neh-
men können.

Ad §. 4.

Dieser §. werde gestrichen.

Ad §. 5.

Er laute im ersten Absatz:

„Stiftungen, wodurch bestimmte Einkünfte oder Nutzungen sich in einer
oder mehreren Familien nicht fortvererben, sondern deren Mitgliedern nur
für bestimmte Zwecke oder Fälle nach den nähern Bestimmungen der Stif-
tungs-Urkunde zu Gute kommen, bleiben auch ferner gestattet.“

Ad §. 6.

Dieser §. werde gestrichen.

Auch können sich die Unterzeichneten mit den von der Majorität des
Ausschusses im §. 6 vorgeschlagenen Bestimmungen nicht einverstanden erklären.
Detmold den 19. Juli 1849.

Meyer. Kulemann.
